

# Verfassungsschutz auflösen – Nazistrukturen zerschlagen!

Nicht erst seit den zehn Morden, die von der sog. Zwickauer Zelle begangen wurden, ist offensichtlich, dass es viele Verbindungen zwischen den Verfassungsschutzämtern und anderen Geheimdiensten zu neofaschistischen Strukturen oder Organisationen gibt.

Besonders deutlich wurde das 2006, als das Bundesverfassungsgericht die Zulassung eines Verbotsverfahren gegen die NPD mit der Begründung ablehnte, bei der NPD sei nicht erkennbar, welche Rolle die sog. V-Leute spielten. Bis in die höchsten Gremien waren V-Leute in der NPD verankert, wobei sie sehr oft eine zweifelhafte Rolle spielten und wahrscheinlich heute noch spielen. So berichtete das Magazin *Kontraste* am 9.2.2012, dass V-Leute Mitglieder der Thüringer Heimatwehr aufgefordert haben, sich auf Sprengstoffanschläge vorzubereiten.

Offensichtlich haben V-Leute – und damit verschiedene Verfassungsschutzämter – weit vor November 2011 von den Morden des NSU erfahren oder aber, noch gravierender, sie waren daran beteiligt. So ist inzwischen unstrittig, dass ein V-Mann an dem Mord an einem jungen türkischen Geschäftsmann in Kassel unmittelbar beteiligt war. Nach der Tat verließ er das Geschäft, in dem der Mord geschah, ohne sich um das Opfer zu kümmern oder die Polizei zu benachrichtigen.

Diese Beispiele zeigen, dass staatliche Stellen die Naziszene offensichtlich nicht nur beobachten, sondern diese Strukturen oft nutzen, um gemeinsam mit den Faschisten die linken Feinde zu bekämpfen.

Der bürgerliche Staat verhält sich ambivalent zu den faschistischen Strukturen

Einerseits stören sie mit ihrem dumpfen Rassismus, Nationalismus und der rohen Gewalt die Geschäfte des «Exportweltmeisters» und schaden dem Ruf Deutschlands in der Welt. Andererseits möchte der bürgerliche Staat offensichtlich auf die Faschisten nicht verzichten. In krisenhaften Zeiten könnte es durchaus sein, dass es auch in der Bundesrepublik mit der klassenpolitischen Ruhe vorbei ist. In solchen Zeiten könnten die Faschisten dann die Rolle spielen, die man ihnen heute verdeckt als Spielwiese überlässt: offenen Terror gegen Migrantinnen und Migranten, Gewerkschaften und linke Parteien und Organisationen zu üben.

In den letzten Jahren hat die Organisation der Faschisten in sog. «autonomen» Strukturen – Kameradschaften oder anderen von der NPD unabhängigen Strukturen – stetig zugenommen. Meist gibt es aber sehr enge Bindungen zur NPD, wie auch die Ereignisse rund um den NSU beweisen. Offensichtlich gibt es eine Arbeitsteilung zwischen diesen Strukturen: Die NPD sorgt für die Akzeptanz rassistischer, nationa-

listischer und antiegalitärer Politik in der Bevölkerung, und die «autonomen» Strukturen setzen diese Politik in die Tat um.

Angriffe gegen Menschen aus der Migration und aus dem linken Spektrum sind an der Tagesordnung. Der rechtsextreme Terror hat von 1990 bis heute etwa 180 Menschen das Leben gekostet, viele wurden schwer verletzt.

Jede Woche gibt es irgendwo in diesem Land eine Demonstration von Faschisten oder anderen rassistischen Organisationen. Nicht nur in Dresden oder in Dortmund glauben die Nazis, die Straße erobern zu können.

Oft können antifaschistische Bündnisse die Aufmärsche durch Blockaden oder andere fantasievolle Aktionen verhindern. Dabei stehen Antifaschisten nicht nur den Nazis gegenüber, sondern auch einem hochgerüsteten Polizeiapparat, der den Nazis nötigenfalls den Weg frei knüppelt – wie im September 2011 in Dortmund geschehen.

Hinzu kommt die Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands, wie in Dresden anlässlich der alljährlichen Naziaufmärsche rund um den 13. Februar. Die Dresdner Staatsanwaltschaft sieht regelmäßig rot, wenn zu Blockaden gegen den Naziaufmarsch aufgerufen wird, lässt linke Buchläden oder Parteibüros durchsuchen und Computer oder Plakate beschlagnahmen. Auch vor der massenhaften Erfassung von Telefonverbindungen – ein offener Rechtsbruch – schreckt sie nicht zurück.

Trotzdem machen die breiten Mobilisierungen gegen die Aufmärsche der Nazis und anderer rechtsextremer Gruppen den Rechten zusehends das Leben schwerer. Egal ob in Dresden, Dortmund, Wuppertal, Magdeburg oder anderswo: Überall sehen sich die Nazis einem breiten Protest der Bevölkerung ausgesetzt, der ihnen zu verstehen gibt, dass sie unerwünscht sind. Offensichtlich haben viele Menschen verstanden, was es bedeutet, wenn die Nazis sich wieder breitmachen können. Die Ideologie des Hasses und die Vorstellung einer «Elite-Rasse» kann nur Mord, Krieg und Vernichtung bringen.

**Deswegen gilt es, den Faschisten entgegenzutreten, überall wo sie auftreten:**

*Keinen Fußbreit den Faschisten*

*Schluss mit der Kumpanei von staatlichen Stellen und Nazis*

*Auflösung aller Verfassungsschutzämter*

*Breite Einheitsfrontbündnisse gegen die Faschisten*

*Gegen staatlichen Rassismus – Schluss mit den Abschiebungen*

*Weg mit den Verschlechterungen des Asylrechts von 1992*

**isl**  
**internationale sozialistische linke**

**SoZ Sozialistische Zeitung**  
Die **SoZ** bringt jeden Monat Berichte und Analysen zum täglichen kapitalistischen Irrsinn und steht für eine demokratische sozialistische Alternative  
**Kostenlose Probeausgaben bestellen!**  
Bestellung an: SoZ-Verlag, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln  
Fon (02 21) 9 23 11 96 · redaktion@soz-verlag.de · www.sozonline.de

**Kontakt:** internationale sozialistische linke (isl) c/o SoZ-Verlag, Regentenstr. 57–59, 510634 Köln  
isl@islinke.de · www.islinke.de · www.facebook.com/islinke.de · V. i. S. d. P.: Angela Klein, c/o SoZ, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln